



Foto: istockphoto.com/de - JackF (Agenturfoto, mit Model gestellt)

Wirtschafts- wachstumsland Nummer 1.

Feuer und Flamme
für Hessen.

Freie
Demokraten

FDP

Gründerkultur.

Viele Innovationen und neue Geschäftsideen beginnen mit der Gründung eines Unternehmens. Wir streben an, Gründungen und Betriebsübernahmen zu erleichtern. Dazu gehört die Förderung einer echten Gründerkultur, in der Scheitern kein Stigma mehr ist. Jeder soll die Chance auf einen Neuanfang haben. Innovationen und kreative Geschäftsideen brauchen den Mut, Dinge auszuprobieren, und die Bereitschaft, Risiken einzugehen. Wir werden deshalb den Gründergeist und die Experimentierlust in den Schulen und Hochschulen fördern, damit Schülerinnen und Schüler sowie Studierende erfahren, dass wirtschaftliche Selbstständigkeit und das Gründen eines Unternehmens eine Chance für jeden ist. Unabhängig davon, ob es um die Gründung eines Start-ups, die Übernahme eines Handwerksbetriebes oder eines anderen Unternehmens geht. Die Gründerkultur sollte daher in den Lehrmaterialien, in der Ausbildung der Lehrkräfte und im Lehrplan entsprechend berücksichtigt werden.

Gründerfinanzierung, Start-ups und Betriebsübernahmen: Wir finden, dass gute Ideen und Konzepte nicht an der fehlenden Finanzierung scheitern dürfen.

Deshalb sollen die Instrumente der Wirtschaftsförderung stärker auf die Bedürfnisse von Gründern ausgerichtet werden. Viele erfolgreiche Unternehmerinnen und Unternehmer werden in den kommenden Jahren altersbedingt ihre Betriebe abgeben. Die Übernahme eines bestehenden Betriebs ist eine klassische Form der Existenzgründung. Um einen erfolgreichen Betriebsübergang sicherzustellen, Arbeitsplätze zu erhalten und neue Perspektiven zu geben, wollen wir spezielle Förderprogramme auflegen und Beratungsangebote zusammen mit den Kammern ausbauen. Im Rahmen des Hessischen Gründerpreises wollen wir dazu eine Kategorie für gelungene Unternehmensnachfolge etablieren, um für das Thema angemessen zu sensibilisieren. Bestehende Beratungsangebote zum Nachfolgeprozess wollen wir sowohl für die „abgebende“ Generation als auch für potenzielle Nachfolger stärken.



Foto: istockphoto.com/de - skynesher (Agenturfoto, mit Model) gestellt

Hessens Vielfalt ist seine Stärke – Zeitenwende in der Standortpolitik

In den vergangenen zehn Jahren hat das Mittelmaß Einzug in die hessische Wirtschaftspolitik gehalten. Das Wirtschaftswachstum Hessens war – verglichen mit anderen Bundesländern – in sieben der letzten neun Jahre unterdurchschnittlich. Diesem besorgniserregenden Befund wollen wir mit einer echten Standortpolitik begegnen: weniger Bürokratie, weniger Regulierung und mehr unternehmerische Freiheit.

Wir wollen als Bundesland im Herzen Europas wieder Wirtschaftswachstumsland Nummer eins in Deutschland werden. Dazu müssen wir bei der Digitalisierung auch im internationalen Vergleich wieder wettbewerbsfähig werden, den Finanzplatz Frankfurt und den Gründergeist stärken, Büro-

kratie abbauen und auf eine leistungsfähige Infrastruktur setzen. Wir setzen auf den technischen Fortschritt. So wollen wir etwa die Herausforderungen an das wachsende Mobilitätsbedürfnis nicht nur durch den klassischen Individualverkehr befriedigen, sondern auch auf intelligente Mobilitätskonzepte wie selbstfahrende Autos und Carsharing sowie – stärker als bisher – auf einen modernen öffentlichen Nahverkehr setzen.

Hessens Vielfalt ist für uns eine Stärke: eine innovative und wettbewerbsfähige Industrie, die über das gesamte Land verteilt ist, der wichtigste Finanzplatz der Europäischen Union, eine vielfältige Logistik in der Mitte des Landes mit dem zentralen Verkehrshub in Deutschland sowie eine starke





Foto: istockphoto.com/de – aquaArts studio (Agenturfoto, mit Model gestell)

Kultur- und Kreativwirtschaft. Wir wollen die Chancen der Metropolregion Rhein-Main mit den Qualitäten unserer ländlichen Regionen verbinden. Mit dem internationalen Finanzplatz Frankfurt, dem Flughafen und dem weltweit leistungsfähigsten Internetknoten verfügt Hessen im europäischen Vergleich über besondere Standortvorteile, die wir deutlich stärker zur Geltung bringen wollen.

Fachkräftemangel.

Aus einem Fachkräftemangel einzelner Branchen ist ein Arbeitskräftemangel über alle Wirtschaftsbereiche und Qualifikationsniveaus geworden. Für die hessische Wirtschaft ist der Arbeitskräftemangel derzeit das größte Geschäftsrisiko. Studien zufolge fehlen in Hessen bis zum Jahr 2034 rund 470.000 Arbeitskräfte. Der größte Teil dieser Lücke (86 %) geht auf beruflich qualifizierte Fachkräfte zurück. Mit diesem Mangel sind erhebliche wirtschaftliche Einbußen verbunden. Für das Land Hessen ergeben sich zwei dringende Handlungsfelder: die Gewinnung zusätzlicher Arbeitskräfte und die Attraktivierung des einstigen Erfolgsmodells der dualen Berufsausbildung.

Fertig ausgebildete Fachkräfte aus Drittstaaten, die sich für eine Arbeitsstelle in Hessen entschieden haben, stoßen zuallererst auf eine regelrechte Flutwelle an Bürokratie und auf eklatant langsame Verfahren in den kommunalen Ausländerbehörden. Noch vor dem ersten Arbeitstag wird der Wirtschaftsstandort Hessen so für die besten Köpfe der Welt unattraktiv. Wir wollen die hessischen Kommunen bei der administrativen Bewältigung der Fachkräfteeinwanderung unterstützen und die kommunalen Ausländerbehörden entlasten, indem wir eine zentrale Ausländerbehörde einrichten. Diese Behörde soll sich ausschließlich um die Ausstellung und Anpassung von Aufenthaltstiteln kümmern. Entscheidend ist, dass die Zentrale Ausländerbehörde vollständig digital arbeitet und personell gut ausgestattet wird.

Als zweite Säule der Fachkräftegewinnung müssen wir wieder mehr junge Menschen für das Erfolgsmodell der dualen Berufsausbildung begeistern. Dazu müssen unsere Berufsschulen in jeder Hinsicht mit den Universitäten konkurrieren können. Es braucht eine vergleichbar hochwertige digitale Infrastruktur an allen hessischen Berufsschulen. Berufsschulstandorte in der Fläche müssen

dringend erhalten bleiben, damit wohnortnahe Beschulung möglich bleibt. Alternativ zum herkömmlichen Präsenzunterricht in den Berufsschulen müssen auch Unterrichtsformen wie Teilpräsenz und Online-Unterricht angeboten werden, um Standorte in der Fläche zu sichern.

Bürokratieabbau.

Gerade in Zeiten steigender Belastungen für Wirtschaft und Gesellschaft ist es besonders wichtig, unnötige Bürokratie abzubauen und die Verwaltung leistungsfähiger zu machen. Bürokratie belastet nicht nur viele Unternehmen in Hessen, sondern nahezu alle Teile der Gesellschaft. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Bürokratieabbau muss für die Menschen stärker in ihrem Alltag spürbar werden. Unnötige Bürokratie kostet Zeit und Geld, hemmt Innovationen und ist ein drängender Standortnachteil. Insbesondere der deutsche Mittelstand ist aufgrund seiner begrenzten finanziellen und sachlichen Ressourcen von staatlicher Regulierung betroffen. Der Abbau kostenintensiver Bürokratie ist Standortpolitik im besten Sinne.

Jedes Gesetz schafft Bürokratie und jede Ausnahme sowie jeder Sondertatbestand erhöht den Aufwand zusätzlich. Wir wollen nach dem Vorbild anderer Länder die Aufgaben des Landesrechnungshofes so erweitern, dass er Gesetze und Vorschriften regelmäßig bezüglich ihres Bürokratieauf-

wandes überprüft und Vorschläge für Vereinfachungen und Digitalisierung macht.

Die bürokratischen Anforderungen für Gründer und Unternehmen wollen wir auf ein Mindestmaß reduzieren. Der Kontakt zwischen Gründern, Unternehmen und Behörden soll im Sinne des One-Stop-Shop-Prinzips gestaltet werden, sodass Anträge, Formulare und Daten nur einmal digital erfasst werden. Das spart Zeitaufwand und Kosten für Unternehmen und für die öffentliche Hand. Das Instrument des einheitlichen Ansprechpartners als Lotsen durch die öffentliche Verwaltung wollen wir stärken und ausbauen.

Wir wollen das hessische Vergaberecht mittelstandsfreundlicher gestalten und umfassend bürokratische Hemmnisse hinterfragen und beseitigen. Das Vergaberecht darf im Übrigen nicht zum Einfallstor für die Verankerung politisch motivierter, praxisfeindlicher Vorgaben werden (zum Beispiel Festschreibung eines Landesmindestlohnes), sondern muss auf seine eigentliche Aufgabe, nämlich die Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs, beschränkt bleiben. Die gesetzlichen Vorschriften und Standards im Sozial- und Umweltbereich sind ausreichend und bedürfen keiner zusätzlichen Verschärfung durch spezifische Landesregelungen. Dadurch werden Aufwand und Bürokratie vermieden, was auch im Interesse der öffentlichen Hand und damit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ist.



Stärkung des Wirtschaftsstandortes Hessen.

Die hessischen Unternehmen und Handwerksbetriebe unterstützen wir durch Bürokratieabbau und weniger Regulierung.

Erleichterte Unternehmensgründungen.

Den Kontakt zwischen Gründern, Unternehmen und Behörden stellen wir durch das One-Stop-Shop-Prinzip auf völlig neue Füße.

Erfolgsmodell duale Berufsausbildung.

Die wohnortnahen Berufsschulstandorte sichern wir durch Teilpräsenz- und Online-Unterricht.

Gründerkultur zielgerichtet fördern.

Gründerfinanzierung, Start-ups und Betriebsübernahmen unterstützen wir durch eine zielgerichtete Wirtschaftsförderung, die auf die konkreten Bedürfnisse ausgerichtet ist.

Mittelstandsfreundliches Vergaberecht.

Die mittelständischen Betriebe in Hessen entlasten wir durch den gezielten Abbau von politisch motivierten und praxisfeindlichen Vorgaben.

Kontakt

FDP Hessen
Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden

T: 0611 999060, F: 0611 9990635
hessen@fdp.de, fdp-hessen.de